

Abschlussbericht des Akteneinsichtsausschusses vom 29.8.2011

auf Grund des Antrags auf Akteneinsicht von CDU- und UBR-Fraktion vom 27.07.2011

Mit Beschluss vom 18.08.2011 hat die Stadtverordnetenversammlung die Aufgaben der Akteneinsicht auf den Haupt- und Finanzausschuss übertragen. Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Aufgabe der Akteneinsicht am 29.08.2011 ab 18:30 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Rotenburg a. d. Fulda wahrgenommen.

Im Antrag auf Akteneinsicht waren 3 Themenbereiche von den antragstellenden Fraktionen angesprochen und Fragen hierzu aufgeführt worden. Zusätzlich hatte die UBR-Fraktion weitere Fragen hinsichtlich Repräsentationskosten, Fremdinstandhaltung und Erstattungen an Land und Private eingereicht.

Dem Ausschuss wurden allen in dieser Sache erforderlichen Akten zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurde anhand des Buchhaltungsprogramms „NSK“ mit Beamer eine Übersicht aller Rechnungspositionen präsentiert.

Durch Bürgermeister bzw. durch ihn beauftragte Mitarbeiter der Verwaltung wurden alle im Antrag vom 27.07.2011 aufgeführten sowie die zusätzlich in der Ausschusssitzung gestellten Fragen beantwortet.

Zu 1.

Nach Einlassung des Bürgermeisters gab es im Magistrat Abstimmungen über das Projekt Muzkkka und über den Verein Muzkkka. Soweit es sich um Abstimmungen über den Verein Muzkkka gehandelt hatte, habe der Bürgermeister – wie auch aus dem Magistratsprotokollen ersichtlich – nicht an der Abstimmung teilgenommen. Insofern wurden keine Unregelmäßigkeiten festgestellt. Juristisch ist dieses Verhalten nicht zu beanstanden.

Bewertung der CDU/UBR:

Über die Auslegung des § 25 HGO „Interessenwiderstreit“ bestehen jedoch auch weiterhin unterschiedliche Ansichten. Bürgermeister Fehr vertrat die Ansicht, bei den Beschlüssen der Auftragsvergaben für das Muzkkka – bei denen er sämtlich mitgestimmt hat - habe es für ihn keinen Interessenkonflikt gemäß § 25 HGO gegeben, da dem Muzkkka-Verein kein **direkter Vorteil** durch die Auftragsvergabe zugefallen sei. UBR und CDU erklärten hierzu: Auch wenn dies aus juristischer Sicht so gesehen werde, so bleibe doch bei vielen Bürgern und auch Stadtverordneten ein Unbehagen über die Verfahrensweise zurück, denn das fertige Objekt sollte dem Verein quasi kostenlos auf Jahre zur Verfügung gestellt werden, wie das bisher mit der Villa schon gehandhabt wurde. Vorteilsnehmer war insoweit natürlich der Verein, dessen 1. Vorsitzender nach der Satzung des Vereins der Bürgermeister kraft Amtes ist. Da Bürgermeister Fehr zweimal in der öffentlichen Stadtverordnetenversammlung verkündet habe, er habe bei allen Entscheidungen im Magistrat, bei denen es um das Muzkkka ging, den Sitzungsraum verlassen - was nicht stimme - habe er schließlich selbst für Irritationen gesorgt. Es komme insofern nicht darauf an, ob er aus juristischer Sicht an den Abstimmungen teilnehmen durfte oder nicht. Er hat jedenfalls mit dieser Aussage in der Bevölkerung und bei den Stadtverordneten den wohl auch beabsichtigten Eindruck erweckt, er habe sich bei allen Entscheidungen, die mit dem Muzkkka zu tun hatten, immer herausgehalten. Und dies ist so nicht richtig.

Zu 2. Im Haushaltsplan 2009 (Beschluss 18.12.2008, Seite 87 neu) erscheinen die 30.000 EUR Bewirtschaftungskosten für das Land und daneben der Hinweis auf **Umbaumaßnahmen** des Karikaturenmuseums in Höhe von 200.000 EUR, davon 67.000 EUR städtischer Anteil (Seite 39). Doch schon am 6.5.09 erfolgte die Beauftragung des Architekten für eine Vorplanung mit Kostenschätzung für einen Anbau. Diese 1. Planung legte der Architekt (schon) am 16. Juli 2009 vor. Sie umfasste Renovierung und Umbau des bestehenden Gebäudes, Anbau eines Treppenhauses mit Fahrstuhl (Kosten 558.000 EUR) sowie den Anbau "Katze" mit Keller (Archiv), großem Mehrzweckraum und Funktionsräumen (Kosten 702.000 EUR). Nicht nur die Öffentlichkeit, sondern selbst Stadtverordnete erfuhren allerdings erstmals aus Zeitungsberichten zur Eröffnung des Muzkkka im August 2009, dass ein Anbau beabsichtigt sei. Offiziell wurde dieses Vorhaben von der Stadtverordnetenversammlung erst am 5.11.2009 (TOP 6) mit dem 1. Nachtrag des Haushaltsplans 2009 (Seiten 7 + 8) beschlossen. Da der Anbau im Haushalt vorgesehen war, ist die Beauftragung des Architekten am 17.2.10 nicht zu beanstanden, auch wenn er ein Gründungsmitglied des Muzkkka ist. Eine solche Mitgliedschaft darf einem Anbieter nämlich auch nicht zum Nachteil gereichen.

Bewertung der UBR und CDU:

Um über jeden Zweifel erhaben zu sein, wäre es allerdings besser gewesen, der 1. Vorsitzende des Muzkkka hätte bei der Abstimmung den Sitzungsraum verlassen.

Viel zu früh und völlig übereilt wurden allerdings bereits am 6.10.10 Aufträge an Ingenieurbüros für die Planungsaufgaben Tragwerk, Heizung, Lüftung, Sanitär, Strom und Beleuchtung vom Magistrat beschlossen und vergeben, obwohl die Voraussetzungen für die geplante Maßnahme noch gar nicht erfüllt waren. Weder war der Erbbaupachtvertrag unterschrieben noch lagen die offiziellen schriftlichen Bewilligungsbescheide vor. Nicht einmal der Bauantrag war gestellt und das Ergebnis des am 28.9.10 beschlossenen Baugrundgutachtens wurde gar nicht erst abgewartet. Letzteres sollte sich als fataler Fehler herausstellen, denn auf Grund des Bodengutachtens musste nämlich ein Vierteljahr später (Dez.10/Jan.11) eine nicht unbedeutende Umplanung erfolgen. Wegen des Schwemmsanduntergrunds und daraus resultierenden Verteuerungen musste der Keller (für Archiv geplant) entfallen und aus der großen wurde eine kleine Katze mit nur 95 statt 145 qm. Da die Aufträge für den größeren und teureren Baukörper erteilt worden waren, wäre die Berechnung dieser Leistungen wahrscheinlich schon billiger geworden. Hätte man mit der Beauftragung dieser Firmen allerdings gewartet, bis die oben genannten Voraussetzungen erfüllt waren und der Bauantrag gestellt werden konnte, müsste man heute nicht mit Forderungen dieser Firmen von ca. 66.000 EUR rechnen. Hier wurde unnötig Geld verbrannt!

Von dieser Umplanung erfuhren Magistrat und Stadtverordnete erst zufällig kurz vor der Sitzung am 19.5.11. Die Informationspolitik des Bürgermeisters ließ hier, wie schon 2009 bei der 1. Planung des Anbaus, mehr als zu wünschen übrig. Mit anderen Worten: Sowohl die Planung der großen, als auch die der kleinen Katze lagen zunächst in den Händen des Muzkkka-Vereins. Was sich der Direktor und 2. Vorsitzende wünschte, und vom Architekten geplant wurde, darüber informierte der 1. Vorsitzende und Bürgermeister den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung, die eigentlich Herren des Verfahrens hätten sein müssen, erst Monate später. Ein weiteres Beispiel für die unglückliche Personalunion von Bürgermeister und Vereinsvorsitzenden.

Insgesamt ist mit Forderungen beauftragter Firmen in Höhe von **154.423,02 EUR** zu rechnen, von denen erst ein geringer Teil beglichen ist. Der größte Teil steht noch offen. Ob alle Forderungen in der genannten Höhe berechtigt sind und gestellt werden, ist noch nicht absehbar.

Zu 3. Der Bürgermeister berichtete:

Die von Bauhofmitarbeitern geleisteten Arbeitsstunden und die KFZ- und Maschinenkosten betragen in den Jahren 2009 – 2011 rund **10.820 EUR**.

Anmerkung: Kosten der Verwaltung sind nicht enthalten. Auf die Überprüfung der internen Verrechnung und Verbuchung von Leistungen des Bauhofes wurde nach dem Vortrag des Bürgermeisters verzichtet.

Nach dem Leihvertrag mit dem Land sind für Betriebskosten und Unterhaltung des Gebäudes bisher 58.564,20 EUR sowie Vorauszahlungen von mtl. 750 EUR angefallen. Die genaue Abrechnung steht noch aus.

Anmerkung: Laut Haushaltsplan 2011 fielen für 2009 23.765 EUR an, sodann wurden jährlich 30.000 EUR eingeplant. Wenn der Vertrag Ende des Jahres ausläuft, wird die Stadt für den Betrieb und die Unterhaltung des Gebäudes rund **84.000 EUR** bezahlt haben. Die stichprobenartige Belegprüfung vornehmlich im Bereich Repräsentation führte zu keinerlei Beanstandungen durch die beteiligten Ausschussmitglieder.

Fazit:

Stellungnahme der SPD:

Im Handeln des Bürgermeisters waren im Zusammenhang mit der Vergabe bzw. der Bezuschussung zu dem Projekt Karikaturenmuseum und dem Verein Muzkkka keine Unregelmäßigkeiten festzustellen.

Stellungnahme der UBR und CDU:

Auch wenn ein Akteneinsichtsausschuss die schärfste Kontrollmaßnahme einer Stadtverordnetenversammlung ist, gehört er zu den demokratischen Möglichkeiten, die aus gegebenem Anlass genutzt werden können und auch sollten. Der Schluss, weil nichts gefunden wurde, sei die Arbeit des Ausschusses überflüssig gewesen, ist falsch. Der Ausschuss war notwendig, um kursierende Gerüchte und Verdächtigungen entweder zu verifizieren oder Verwaltung und Bürgermeister davon zu entlasten. Diese Entlastung ist nunmehr erfolgt und sollte von Abgeordneten und Bevölkerung auch akzeptiert werden, gleichgültig, ob nun tatsächlich nichts zu finden war oder ob es – wie die Nadel im Heuhaufen – nur nicht gefunden wurde.

Rotenburg a. d. Fulda, 06. September 2011



Uwe Hellmich
Ausschussvorsitzender



Ralf Wassermann
Schriftführer

vom 05. September 2011 im Sitzungssaal des Rathauses Beginn 18:30 Uhr - Ende 19:35 Uhr Unterbrechungen: 19:28 Uhr – 19:30 Uhr	Für diese Sitzung enthalten die Seiten 33 bis 38 Verhandlungsniederschriften und Beschlüsse mit den laufenden Nummern: bis II.1. (i.W. eins- Ausschussvorsitzender Schriftführer
---	---

Anwesend:

(gesetzl.) Mitgliederzahl: 7

a) stimmberechtigte Ausschussmitglieder:

1. StVO Uwe Hellmich
(als Vorsitzender)
2. StVO Reiner Wollrath für das verhinderte Ausschussmitglied Peter Knierim
3. StVO Carsten Zabel
4. StVO Peter Müller
5. StVO Karsten Hoßfeld
6. StVO Wilfried Pfister
7. StVOe Christiane Ringer

b) nicht stimmberechtigt:

StVO-Vorsteher Troch; stellv. StVO-Vorsteher Schlegel und Grünewald;
 Bgm Fehr, StRe Gerlach und Stricker (ab 19:00 Uhr), StRinnen Walter-Rosner (ab 18:45 Uhr) u. Kupsch;
 OV Riemenschneider;
 Protokollführer Wassermann;
 von der Verwaltung OARe Klöpfel u. Hartmann;

Es fehlten: a) entschuldigt StVO Peter Knierim	Grund: dienstlich verhindert	b) unentschuldigt: -- --
---	-------------------------------------	------------------------------------

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses waren durch Einladung vom 30.08.2011 auf Montag, den 05.09.2011 zu 18:30 Uhr - unter Mitteilung der Tagesordnung - einberufen worden.
 Tag, Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gegeben worden.
 Der Vorsitzende stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Ladungsfrist Einwendungen nicht erhoben wurden.
 Der Haupt- und Finanzausschuss war nach der Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Seite: 34

Tagesordnung:

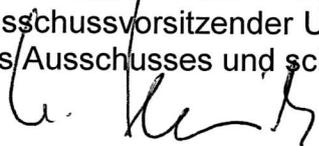
Siehe beiliegende Einladung mit Tagesordnung!

Zur Tagesordnung wurden folgende Einwendungen erhoben bzw. Ergänzungen und Dringlichkeitsanträge eingebracht:

Die Verhandlungen fanden in öffentlicher Sitzung statt.
Zu den Punkten der Tagesordnung war die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Lfd. Nr. der Niederschrift	Punkt der Tagesordnung	Verhandlungsniederschrift und Beschluss	Abstimmungsergebnis		
			da-für	da-gegen	Enthaltung
22	I.	<p><u>Feststellung der form- und fristgerechten Einladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung</u></p> <p>Ausschussvorsitzender Uwe Hellmich eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass zu der Sitzung des Ausschusses form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.</p> <p>Die Einladung wurde den Ausschussmitgliedern am 30.08.2011 zugesandt und in der HNA – Rotenburg-Bebraer-Allgemeine – am 02.09.2011 öffentlich bekannt gemacht. Es sind 6 Ausschussmitglieder anwesend. Das dienstlich verhinderte Ausschussmitglied Peter Knierim wird durch den Stadtverordneten Reiner Wollrath vertreten. Die Frage, ob Einwände gegen die heutige Tagesordnung bestehen, bleibt unbeantwortet.</p> <p><u>Verteiler</u> Ausschussvorsitzender Hellmich zur Kenntnis</p>			
23	II.	<u>Sonstiger Beratungs- und Beschlussfassungspunkte</u>			
23	II.1.	<p><u>Beschlussfassung über den zu erstellenden Bericht aufgrund der Akteneinsicht vom 29.08.2011 gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 18.08.2011</u></p> <p>Ausschussvorsitzender Uwe Hellmich ruft den Tagesordnungspunkt auf und händigt den Ausschussmitgliedern den Entwurf des Abschlussberichtes der CDU- und UBR-Fraktion aus. Der Entwurf des Abschlussberichtes der CDU- und UBR-Fraktion ist als Anlage-Nr. I des Protokolls beigefügt. In seiner Wortmeldung weist das Ausschussmitglied Wilfried Pfister auf eine redaktionelle Änderung in dem Abschlussbericht-Entwurf hin, der da lauten muss: „Abschlussbericht des Akteneinsichtsausschusses vom 29.08.2011“, statt „29.08.2010“. Diese Änderung wird ohne Widerspruch durch die Ausschussmitglieder angenommen. In seinen weiteren Ausführungen signalisiert Ausschussmitglied Wilfried Pfister zunächst Ablehnung zum vorliegenden Abschlussbericht der CDU- und UBR-Fraktion.</p>			

Lfd. Nr. der Niederschrift	Punkt der Tagesordnung	Verhandlungsniederschrift und Beschluss	Abstimmungsergebnis		
			da-für	da-gegen	Enthaltung
		<p>Danach bringt er einen Änderungsantrag ein, indem er die wesentlichen Änderungen des Entwurfs der SPD-Fraktion vorliest. Der Entwurf des Abschlussberichtes für den Akteneinsichtsausschuss der SPD-Fraktion der als Anlage-Nr. II diesem Protokoll beigefügt ist.</p> <p>Ausschussmitglied Wilfried Pfister trägt danach die wesentlichen Änderungen des Antrages der SPD-Fraktion gegenüber dem Berichtsentwurf der CDU- und UBR-Fraktion vor. Die Zwischenfrage des Stadtverordneten Hartmut Grünewald wird durch den Stadtverordneten Wilfried Pfister beantwortet.</p> <p>An der folgenden Diskussion beteiligen sich Stadtverordnetenvorsteher Klaus Troch, Ausschussmitglied Karsten Hoßfeld und Stadtverordneter Hartmut Grünewald.</p> <p>Ausschussvorsitzender Uwe Hellmich schlägt daraufhin vor, die Entwürfe der Berichte absatzweise vorzulesen und die entsprechenden Textpassagen einzufügen. Diese Vorgehensweise stößt auf keinerlei Widerspruch seitens der anwesenden Ausschussmitglieder. Daraufhin beginnt Ausschussvorsitzender Hellmich mit dem Vorlesen des Entwurfsberichtes über den Akteneinsichtsausschuss. An den Diskussionen zur textlichen Formulierung beteiligen sich alle Ausschussmitglieder sowie Stadtverordnetenvorsteher Klaus Troch, Stadtverordneter Hartmut Grünewald und Bürgermeister Manfred Fehr. Nach Diskussion und Durcharbeitung über die Textvorlage beantragt das Ausschussmitglied Peter Müller um 19:28 Uhr die Unterbrechung der Sitzung. Hiergegen erhebt sich keinerlei Widerspruch der anwesenden Ausschussmitglieder. Um 19:30 Uhr eröffnet Ausschussvorsitzender Uwe Hellmich die Sitzung und der Vorschlag des Ausschussmitgliedes Peter Müller betr. Einfügen eines Satzes erfährt Zustimmung. Ausschussvorsitzender Uwe Hellmich stellt darauf fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.</p> <p><u>Beschluss</u></p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt den im Ausschuss gemeinsam erarbeiteten Abschlussbericht über die Akteneinsicht zum Muzkkka. Der Bericht ist Anlage-Nr. III dieses Protokolls.</p>	7	-	-

Lfd. Nr. der Niederschrift	Punkt der Tagesordnung	Verhandlungsniederschrift und Beschluss	Abstimmungsergebnis		
			da-für	da-gegen	Ent-haltung
		<p>Ausschussvorsitzender Uwe Hellmich stellt die einstimmige Annahmempfehlung des Ausschusses fest.</p> <p><u>Verteiler</u> Ausschussvorsitzender Hellmich zur Kenntnis FD 1010 zur weiteren Bearbeitung</p> <p>Am Ende der Sitzung angelangt bedankt sich Ausschussvorsitzender Uwe Hellmich für die konstruktive Arbeit des Ausschusses und schließt die Sitzung um 19:35 Uhr.</p> <p> Ausschussvorsitzender</p> <p> Schriftführer/Heu</p>			